

Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Berlin am 16.02.2022

TOP 3 der Tagesordnung:

B e s c h l u s s

Außerschulische politische Jugendbildung in der Jugendhilfe

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt:

Mit hohem Interesse nimmt der Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) den vorgelegten Abschlussbericht der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) „Außerschulische politische Bildung in der Jugendhilfe“ zur Kenntnis und bedankt sich ausdrücklich bei der LAG für die intensive und an der Berliner Praxis ausgerichteten Bearbeitung des Themas.

Die vorliegenden Ergebnisse stellen aus Sicht des LJHA eine hervorragende Grundlage für die Weiterentwicklung der außerschulischen politischen Bildung in der Berliner Jugendhilfe dar. Vor diesem Hintergrund,

- 1 fordert der LJHA den Senat von Berlin auf, den Abschlussbericht zur Grundlage der in den Richtlinien der Regierungspolitik festgelegten „Offensive für politische Bildung“ zu machen.
- 2 fordert der LJHA den Senat und das Abgeordnetenhaus auf, bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 insbesondere zu berücksichtigen, dass außerschulische politische Bildung einer angemessenen und zuverlässigen Förderung der Träger durch die Bezirke und das Land bedarf (vgl. Punkt 2 der „Arbeitsfeldübergreifenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen“) und es hierfür eine klare personelle Zuständigkeit in den bezirklichen Jugendämtern bzw. der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung (vgl. Punkte 3 und 4 der „Arbeitsfeldübergreifenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen“) geben muss.
- 3 regt der LJHA an, dass die Träger der außerschulischen politischen Bildung und die Träger der Jugendhilfe ein „Netzwerk außerschulische politische Jugendbildung“ zur Qualitätsentwicklung in diesem Feld gründen (vgl. Punkt 11 der „Arbeitsfeldübergreifenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen“).
- 4 bittet der LJHA die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, gemeinsam mit dem LJHA und der Landeszentrale für politische Bildung eine Fachtagung zur Weiterentwicklung der außerschulischen politischen Jugendbildung in der Jugendhilfe, spätestens im ersten Halbjahr 2023 durchzuführen.

- 5 bittet der LJHA die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, gemeinsam mit dem LJHA den Abschlussbericht der LAG in einer sowohl für Fachkräfte der Jugendhilfe als auch für interessierte junge Menschen attraktiven und wahrnehmbaren Form zu veröffentlichen.
- 6 empfiehlt der LJHA der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, den Abschlussbericht der LAG im Rahmen des Vorsitzes des Landes Berlin in der Jugend- und Familienministerkonferenz 2022 allen Bundesländern zur Kenntnis zu geben.

Elvira Kriebel

(UA Jugendarbeit / außerschulische Jugendbildung / Jugendsozialarbeit)

Abstimmung 15 / 0 / 0